

Wir gedenken der Opfer der Bombardierung von Kundus am 4. September 2009

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Bei der Bombardierung von Kundus im Auftrag der Bundeswehr starben vor einem Jahr mindestens 142 Menschen. Unter ihnen waren mehrere Dutzend Kinder und Jugendliche. 91 Frauen wurden durch das Bombardement zu Witwen.

Die Bundesregierung schiebt die Verantwortung für dieses Massaker von sich. Die Aufklärung über die Umstände läuft schleppend voran und wird immer wieder von der Regierungskoalition behindert.

Sie verweigert den Hinterbliebenen einen Rechtsanspruch auf Entschädigungszahlungen. Die Familien werden mit deutlich geringeren Beträgen abgespeist als vorherige zivile Opfer der Bundeswehr.

Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien lehnten ein offizielles Gedenken an die Opfer der Bombardierung im Bundestag ab. Die Opfer der Bombardierung von Kundus mahnen uns: Die Bundeswehr beteiligt sich an einem Krieg gegen die einfache Bevölkerung in Afghanistan. Die Bundeswehr sichert nicht den Schutz der Menschen, sondern die Regierung Karsai. Ohne die Unterstützung der NATO-Staaten wäre diese Regierung nichts.

Die Bundesregierung sagt, sie wolle die Bevölkerung schützen. Aber der Aufstand gegen die Regierung Karsai und die ausländischen Truppen hat eine breite Unterstützung in der afghanischen Bevölkerung. Die Aufständischen, die die Bundeswehr bekämpfen, sind Teil der Bevölkerung. Die Aufständischen sind auch Zivilisten.

Ein Zivilist erscheint den Soldaten als potenzieller Aufständischer. Das heißt, militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Bevölkerung sind unvereinbar.

Der Krieg wird weitergehen. Weitere Menschen werden getötet werden. Für das vergangene Jahr zählte die UNO 2140 unbewaffnete Todesopfer, darunter 346 Kinder, Tendenz steigend. Die durch Wikileaks veröffentlichten Dokumente lassen ahnen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist.

Die NATO eskaliert den Krieg. Gezielte Tötungen werden durch die Bundeswehr durchgeführt. Auch die Bundeswehr erstellt Fahndungslisten dafür.

Gerade hat der US-Kommandeur General Petraeus erklärt, er sei – anders als Obama versprochen hat – nicht auf einen Abzug 2011 festgelegt. Wenn der Krieg andauert und verschärft wird, wird die Bombardierung der Tanklaster bei Kundus am 4. September leider nicht die letzte dieser Art bleiben.

DIE LINKE fordert Gerechtigkeit für die Opfer des Krieges in Afghanistan und einen sofortigen Rückzug der Bundeswehr.

www.die-linke.de/politik/aktionen/bundeswehr_raus_aus_afghanistan/

DIE LINKE.

Wir gedenken der Opfer der Bombardierung von Kundus am 4. September 2009

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Bei der Bombardierung von Kundus im Auftrag der Bundeswehr starben vor einem Jahr mindestens 142 Menschen. Unter ihnen waren mehrere Dutzend Kinder und Jugendliche. 91 Frauen wurden durch das Bombardement zu Witwen.

Die Bundesregierung schiebt die Verantwortung für dieses Massaker von sich. Die Aufklärung über die Umstände läuft schleppend voran und wird immer wieder von der Regierungskoalition behindert.

Sie verweigert den Hinterbliebenen einen Rechtsanspruch auf Entschädigungszahlungen. Die Familien werden mit deutlich geringeren Beträgen abgespeist als vorherige zivile Opfer der Bundeswehr.

Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien lehnten ein offizielles Gedenken an die Opfer der Bombardierung im Bundestag ab. Die Opfer der Bombardierung von Kundus mahnen uns: Die Bundeswehr beteiligt sich an einem Krieg gegen die einfache Bevölkerung in Afghanistan. Die Bundeswehr sichert nicht den Schutz der Menschen, sondern die Regierung Karsai. Ohne die Unterstützung der NATO-Staaten wäre diese Regierung nichts.

Die Bundesregierung sagt, sie wolle die Bevölkerung schützen. Aber der Aufstand gegen die Regierung Karsai und die ausländischen Truppen hat eine breite Unterstützung in der afghanischen Bevölkerung. Die Aufständischen, die die Bundeswehr bekämpfen, sind Teil der Bevölkerung. Die Aufständischen sind auch Zivilisten.

Ein Zivilist erscheint den Soldaten als potenzieller Aufständischer. Das heißt, militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Bevölkerung sind unvereinbar.

Der Krieg wird weitergehen. Weitere Menschen werden getötet werden. Für das vergangene Jahr zählte die UNO 2140 unbewaffnete Todesopfer, darunter 346 Kinder, Tendenz steigend. Die durch Wikileaks veröffentlichten Dokumente lassen ahnen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist.

Die NATO eskaliert den Krieg. Gezielte Tötungen werden durch die Bundeswehr durchgeführt. Auch die Bundeswehr erstellt Fahndungslisten dafür.

Gerade hat der US-Kommandeur General Petraeus erklärt, er sei – anders als Obama versprochen hat – nicht auf einen Abzug 2011 festgelegt. Wenn der Krieg andauert und verschärft wird, wird die Bombardierung der Tanklaster bei Kundus am 4. September leider nicht die letzte dieser Art bleiben.

DIE LINKE fordert Gerechtigkeit für die Opfer des Krieges in Afghanistan und einen sofortigen Rückzug der Bundeswehr.

www.die-linke.de/politik/aktionen/bundeswehr_raus_aus_afghanistan/

DIE LINKE.